

Editorial

Liebe Leser*innen,
Liebe Genoss*innen,
mit unserem Newsletter informieren wir euch wie gewohnt über die vergangene Ratssitzung.

Bei der letzten Ratssitzung haben wir neben einem Antrag zu den Johannis-Höfen auch weitere Themen wie die Mittagessenversorgung für Schul- und Kita-Kinder im Bildung- / Teilhabe-Bezug und einen besseren Gesundheitschutz von Osnabrücker Schüler*innen durch das Aufstellen von mobilen Raumlufthanlagen behandelt. Auch möchten wir Euch über unser NEIN zum Lückenschluss A 33 Nord und zum Bebauungsplan Grüner Garten informieren.

Solidarische Grüße,

Giesela, Heidi, Anke und Martin

Termine

22.02.2021 Fraktionssitzung (digital), 17:00 Uhr,

09.03.2021 Ratssitzung,

OsnabrückHalle, 17:00 Uhr

Wann und wo die nächsten Ratssitzungen stattfinden, lässt sich über das [Ratsinformationssystem](#) herausfinden.

Johannis-Höfe gemeinsam gestalten

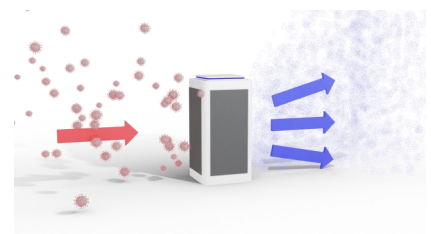
Gemeinsam mit den Fraktionen SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der UWG/UFO/bus Gruppe und Ratsmitglied Nils Ellmers (Piraten) haben wir einen [Antrag](#) gestellt, ein über das eigentliche Bebauungsplanverfahren hinausgehende Beteiligungsformat für die Johannis-Höfe zu entwickeln und durchzuführen. Ziel muss es sein, dass Vertreter*innen der Osnabrücker Gesellschaft, Politik, der City-Einzelhandel in Abstimmung mit der Investoren-Gruppe, gemeinsam ein Projekt entwickeln, welches das Neumarktquartier zu einem lebendigen, lebenswerten, kreativen und attraktiven Stadtquartier macht. Dazu die Fraktionsvorsitzende Giesela Brandes-Steggewentz in der Ratssitzung: „Ich wünsche mir mehr Einfluss auf die Entwicklung am Neumarkt – auch für die Osnabrücker*innen. Dabei sollen lokale Erkenntnisse genutzt werden, die 2001 in einem Bürgergutachten festgehalten und 2017 durch den Plan B entwickelt wurden.“ Der Antrag hat im Rat ein einstimmiges Votum erhalten.



Zum Hintergrund:

Seit mehr als 10 Jahren wird um die Zukunft der ehemaligen „Wöhrl-Immobilien“ am Neumarkt gestritten. Nach dem die vorherige Investorengruppe die Grundstücke weiterverkauft hat, soll eine B-Planänderung die Möglichkeit für eine gemischte Nutzung eröffnen. Am Neumarkt sollen nach derzeitigen ersten Überlegungen ca. 300 Wohnungen entstehen, angedacht sind aber auch Einzelhandelsgeschäfte und Kultur- sowie Bildungseinrichtungen.

Mobile Luftfilteranlagen für Osnabrücker Schulen



Quelle: DIE LINKE Ratsfraktion Hannover

Die LINKE. fordert seit Monaten auf allen Ebenen, dass die Schulen vernünftig für die Pandemie ausgestattet werden. Dazu gab es im Osnabrücker Stadtrat einen [Antrag](#) von der FDP-Fraktion alle Klassenräume in städtischer Trägerschaft, die nicht ausreichend gelüftet werden können, mit Luftreinigungsgeräten und durchsichtigen Trennwänden auszustatten. „Es kann doch nicht sein, dass der Schutz der Kinder am Geld scheitert. Was haben wir denn zu verlieren, außer ein Paar Euro?“, fragte die LINKEN-Ratsfrau Heidi Reichinnek in der Ratssitzung. Vertreter*innen von CDU, SPD und Grünen bezweifelten, zahlreichen wissenschaftlichen Studien zum Trotz, die Wirksamkeit von Geräten zur Raumlufreinigung und schmetterten den Antrag ab. Einer großen Mehrheit im Stadtrat waren vier Millionen Euro Anschaffungskosten für etwas 1.000 Klassenzimmern zuviel. Auch in der darauffolgenden Sitzung des Schulausschusses blieben die Ratsmitglieder von CDU, SPD und Grünen bei ihrem Nein.



Zum Hintergrund:

Luftfilter bieten eine sinnvolle Ergänzung zu weiteren Hygienemaßnahmen, dennoch haben weder Bund noch Länder bisher dafür gesorgt, dass eine flä-

Fortsetzung von Seite 1

chendeckende Anschaffung möglich ist. Dies wird u.a. mit den hohen Kosten begründet. Geschätzt würde es 2 bis 3 Mrd. € kosten in allen Schulen deutschlandweit Luftfilter zu installieren. Während z.B. die Lufthansa 9 Mrd. € vom Bund bekommt, entlässt sie trotzdem tausende Angestellte. Unglaubliche 5,5 Mrd. € kostet der Kauf von 38 Eurofighter. Während dessen gehen die Schulen und damit die Kinder, Jugendlichen und die Arbeiter*innen wieder einmal leer aus. Eine Investition in mobile Luftfiltergeräte ist auch langfristig sinnvoll - bezüglich Grippe-Viren und Feinstaubbelastung.

Kochboxen für Osnabrücker Familien



Nehepelon | Credit:

Getty Images/iStockphoto

In der Januarsitzung des Jugendhilfeausschusses wurde unser [Antrag](#) beschlossen, dass die Stadt für Familien, deren Kinder über BuT-Mittel ein kostenloses Essen in KiTa und Schule bekommen, eine Alternative entwickelt. Der Wegfall dieses kostenlosen Essens in Corona-Zeiten ist für Menschen mit geringem Einkommen eine besondere Belastung, gerade da die Kosten für Lebensmittel und Hygiene in den letzten Monaten immer mehr gestiegen sind. Durch die Kochbox werden Kinder aus finanziell schwachen Familien mit Gratis-Essen versorgt. Entsprechend groß war die Freude bei Heidi Reichinnek nach dem einstimmigen Beschluss im Stadtrat: „Die heutige Entscheidung ist ein solidarisches Zeichen der Stadtgesellschaft für Familien mit geringem Einkommen“.



Zum Hintergrund:

Frische Zutaten und Rezepte mit Kochanleitung in deutscher und englischer Sprache werden von dem Unternehmen Vita Catering aus Wardenburg direkt nach Hause zu den Kindern geliefert, die Anspruch auf Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT)

haben Die Kochboxen enthalten für fünf Tage neben einem Angebot aus Fleisch und Fisch auch eine vegetarische Alternative sowie Obst und Dessert.

Die Bestellungen erfolgen über ein Onlineformular sowie einen kostenlosen telefonischen Support.

Da über Bildung und Teilhabe lediglich ein Betrag von 5 Euro pro Gericht abrechenbar sind, geht die Verwaltung davon aus, dass ein monatlicher Fehlbetrag in Höhe von 49.700 Euro entsteht. Die Evangelischen Stiftungen Osnabrück haben zugesagt, diesen Betrag monatlich für bis zu drei Monate zu übernehmen.

Nein zum Lückenschluss A 33 Nord



Die Linksfraktion wendet sich entschieden gegen den Bau der A33-Nord. Wir zweifeln an dem verkehrlichen Nutzen des Projekts und halten die Beeinträchtigungen von Umwelt und Natur für immens. Wir brauchen keine weiteren klimaschädlichen Autobahninfrastrukturprojekte mehr, sondern im Raum Osnabrück und natürlich bundesweit einen deutlich gesteigerten Ausbau des Schienenverkehrs, um Güter zu transportieren. Die Entscheidung der Deutschen Bahn zur Aufgabe des Güterbahnhofes im Jahr 1997 führte zur einer vollständigen Verlagerung des Stückgutverkehrs auf die Straße. Für den Strukturwandel weg von der Straße muss Osnabrück wieder einen Güterbahnhof bekommen! Von dort kann dann die „Reststrecke“ zum Bestimmungsort mit klimafreundlichen Fahrzeugen bedient werden. Wichtig ist uns auch, dass die B 68 aus Osnabrück herausgenommen wird und LKWs Fahrverbot für die Stadt Osnabrück erhalten. Da schließen wir LINKEn uns der Petition für sichere Straßen „Osnabrück: Verlegung der B 68 JETZT!“ an.“

<https://www.openpetition.de/petition/online/osnabrueck-lkw-durchfahrverbot-und-verlegung-der-b68-jetzt>

Fortsetzung von Seite 2

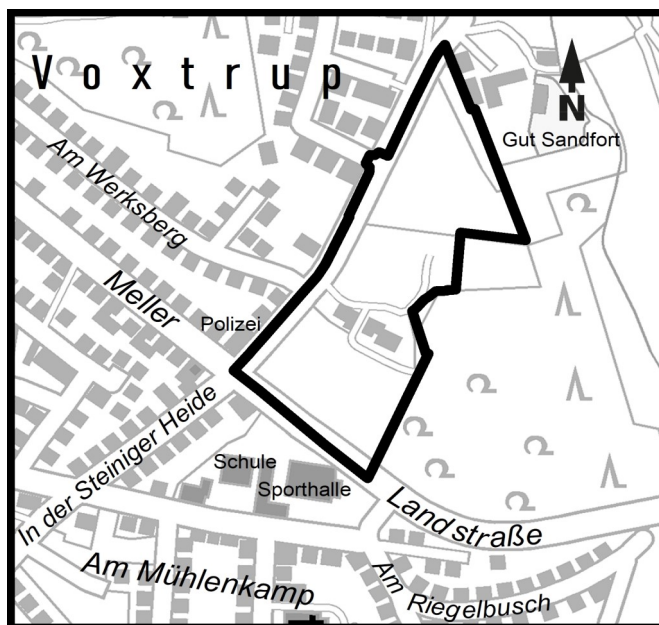


Zum Hintergrund:

Die Neubaustrecke der A 33 schließt im Süden an die neue Ortsumgehung Belm (B51) an und endet im Nordwesten von Osnabrück an der A1. Natur, Lebensraum und Naherholungsgebiete auf einer Fläche von 60 Hektar sollen dem Autobahnbau geopfert werden. Die geplanten, bis zu 4 m hohen Lärmschutzwälle und -wände werden massiv die ungehinderte Kaltluftzufuhr ins Sandbachtal beeinträchtigen und damit zu einer Verschlechterung der Frischluftzufuhr der Stadtteile Gartlage und Sonnenhügel führen. Auch ist mit einer deutlichen Erhöhung der NO²-Belastung im Nahbereich der BAB A 33 zu rechnen. Durch den Neubau einer 110 KW-Hochspannungsleistung steht eine für Kompensationsmaßnahmen vorgesehene Fläche nicht zur Verfügung. Die Entlastung der Osnabrücker Innenstadt vom Motorisierten Individualverkehr (MIV) wird durch ein erhöhtes Verkehrsaufkommen an anderer Stelle (u.a. L 109) wieder kompensiert.

So bewirkt der Lückenschluss eine Zunahme des durchschnittlichen täglichen Verkehrs um 18.000 Fahrzeuge und beschert damit den Anwohner*innen im südlichen Abschnitt der A33, in den Ortsteilen Gretesch und Schinkel-Ost, mehr Verkehrslärm.

Auch bei den Kosten ist die A33-Nord schon längst zum Fass ohne Boden geworden. Waren 2014 im Bundesverkehrswegeplan noch 87 Millionen € ausgewiesen, verdoppeln sich die Kosten laut Ministerium auf knapp 170 Millionen €. 20 Millionen € pro Kilometer sind einfach ein Wahnsinn!“



B-Plan Grüner Garten

Der [Satzungsbeschluss](#) zum Bebauungsplan Grüner Garten wurde von der Linksfraktion in der Ratsversammlung abgelehnt. Auf dem Gelände eines ehemaligen Gartenbaubetriebs soll eine Einrichtung für die Altenpflege sowie verdichteter Mehrfamilienwohnungsbau, aber auch der Bau von Stadt-, Reihen- und Einfamilienhäusern ermöglicht werden. Durch das vorliegende Bauungskonzept werden naturschutzrechtlich äußerst wertvolle Gebiete mit besonders geschützten Fledermausgattungen und Amphibien beseitigt. Hinzu kommt, dass das zu bebauende Gebiet im Einzugsgebiet des Wasserwerkes Düstrup in der Wasserschutzgebietszone III; angrenzend an Zone II liegt, und eine Neuversiegelung von Flächen zu einer Beeinträchtigung des Schutzgutes Wasser führt. Laut Klimagutachten der Stadt aus dem Jahr 2017 handelt es sich beim Grünen Garten, um ein Entstehungsgebiet für Kalt- und Frischluft. Die neuen Baukörper wirken wie Austauschbarrieren und erschweren den Kaltluftabfluss aus den verbleibenden Kaltluftproduktionsflächen. Die Mindestquote für sozial gebundenen Mietwohnraum sehen wir mit der Verwirklichung von 6 gebundenen Wohnungen für das Modellprojekt „Rollstuhlgerechtes Wohnen“ in der geplanten stationären Altenhilfeeinrichtung als zu wenig an.



Hallo, mein Name ist Martin Teicher. Seit Februar bin ich als Geschäftsführer Politik & Kommunikation tätig. In der Kommunalpolitik bin ich Zuhause; als ehemaliger Referent DIE LINKE. Regionsfraktion Hannover oder als Mitarbeiter Gruppe Linke & Piraten im Rat der Landeshauptstadt Hannover.